Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 176. | Dresden, Sonnabend den 2. August 1919. | 30. Jahrg.

Das wachsende Schuldkonto der Kriegsverlängerer.

Französische Veröffentlichungen. — Kaiser Karls Abschwenkungswille. — Ludendorffs Bemäntelungsversuche.

Rückkehr in die Heimat!

Von Minna Bollmann, M. d. N.

Voll Sehnsucht erwarten die Angehörigen der Kriegsgefangenen die Rückkehr ihrer Lieben. Durch Unterzeichnung des Friedensvertrages sollen ihnen ja nun endlich die so lang ersehnten Tore der Heimat geöffnet werden. Zu ihrem Empfange ist hier alles wohl vorbereitet. Unsre Kommission steht in Versailles und wartet auf die Nachricht, wann der Rücktransport beginnen soll. Bisherige Meldungen von weiteren Abtransportzügen sind leider unzutreffend. Nur die Gefangenen aus dem Saarrevier kamen bisher zur Entlassung. Ein ehrenvoller Empfang an der Grenze soll unsern Gefangenen zuteil werden. Zur Erfüllung der nötigen Formalitäten und Feststellungen des Gesundheitszustandes wird ihr ein Aufenthalt von wenigen Tagen in Durchgangslagern nötig erweisen. Selbstverständlich soll auch der Aufenthalt dort so angenehm wie nur irgend möglich gestaltet werden. Um materielle Not vorläufig von ihnen fernzuhalten, bekommen die Gefangenen 50 M. Entlassungsgeld, Löhnung und Verpflegung für acht Wochen bei der Entlassung ausbezahlt. 150 Mill. M. hat das Reich für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. In ganz besonders dringenden Notfällen kann diese Unterstützung noch bedeutend erhöht werden. Allerdings werden dann die Gemeinden verpflichtet, einen Zuschuß zu leisten.

Damit soll aber die Fürsorge für unsre Gefangenen nicht erledigt sein. Das Reich, die Gemeinden, die zuständigen Organisationen und private Hilfe sollen für unsre Gefangenen eintreten. Meldungen zum kostenlosen Aufenthalt auf dem Lande sind bereits eingelaufen, und es soll versucht werden, die Zahl der Angebote bedeutend zu erhöhen. Denn der Gesundheitszustand vieler unsrer Kriegsgefangenen wird eine längere Zeit der Erholung notwendig machen. Auch die Schweiz will sich aufs neue der Erholungsbedürftigen unter unsren Gefangenen annehmen. In der landschaftlich so schönen Schweiz, unter aufmerksamster Pflege, sollen sie von körperlichen und seelischen Leiden Gesundung finden. Volle Anerkennung müssen wir der Schweiz zollen. Unendlich viel hat sie in all den Kriegsjahren dazu beigetragen, das schwere Los unsrer Gefangenen zu erleichtern. Gern hat das Reich die fünf Milliarden Mark monatlich, die zum Unterhalt unsrer in der Schweiz internierten Gefangenen notwendig waren, gezahlt. Holland und die Schweiz wollen dazu beitragen, den Rücktransport nach Kräften durch Bereitstellung von Zügen zu beschleunigen. Täglich vier Züge, die 800 bis 1000 Personen fassen, stellt die Schweiz zur Verfügung. Schweizer Damen haben sich für die Verpflegung zur Verfügung gestellt. Ganz besonders schwer wird sich der Rücktransport der in Sibirien weilenden Gefangenen gestalten. Eine von Deutschland dorthin gesandte Kommission hat wenig oder fast gar nichts zur Erleichterung des Loses unsrer Gefangenen erreicht. Soll die Rückkehr unsrer Gefangenen von dort noch in diesem Jahre erfolgen, so muß schleunigst damit begonnen werden, sonst vereitelt der dort so früh einsetzende Winter und die damit verbundenen Transportschwierigkeiten die Rückkehr für dieses Jahr.

Die Schwere der Aufgabe, die von den Kommissionen gelöst werden soll, wird noch erhöht durch die vielen Tausend der Zivilinternierten in den bisher feindlichen Ländern, die nun beim Friedensschluß nach Deutschland abgeschoben werden. Mittellos, ohne Existenz stehen sie hilflos in einem ihnen bisher fremden Lande. Oft wird es schwer fallen, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland festzustellen. Aber wenn wir auch arm sind und es uns schwer fallen wird, die nötigen Mittel aufzubringen, so muß auch ihnen ihr ohnehin trauriges Los erleichtert werden. Ja, wir sind recht arm geworden. Der Krieg hat unser ehemals so reiches Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht. Das darf uns aber nicht hindern, unsre Pflicht denen gegenüber zu erfüllen, denen wir es in so hohem Maße schuldig sind. Und das sind die unschuldigen Opfer des Krieges, und im jetzigen Augenblick vor allem unsre Kriegsgefangenen. Sind es doch nicht die schlechtesten Söhne der Nation. Nicht fern vom Schuß, hinter in der Etappe, sondern vorn im Schützengraben, haben sie im dichtesten Kugelregen mit ihren Leibern dem Anprall der Feinde aufgehalten. Wieviele von ihnen schmachten seit 1914 in der Gefangenschaft, sehnsüchtig des Tages harrend, an Herd und Kind, zu Eltern und Freunden, zu Haus und Hof zurückzukehren. Mancher findet sein Haus verwaist. Lieben oder jener aus der Verwandtschaft oder dem Freundeskreis ist nicht mehr am Leben. Mit Bitterkeit im Herzen kehrt er zurück. Glaubt er sich doch längst vergessen. Er nimmt an, daß seine Dienste, die er dem Volksganzen geleistet hat, nicht gewürdigt werden. Ist es ihm doch nicht zum Bewußtsein gekommen, was alles von Deutschland versucht worden, um Ungerechtigkeiten und Härten in der Gefangenschaft von ihm fern zu halten. Es wird uns kaum gelingen, all die Bitterkeit, die sich in den Jahren angehäuft hat, zu beseitigen.

Und doch müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, das Gefühl bei unsern heimkehrenden Gefangenen auszulösen, daß das deutsche Volk seine Gefangenen nicht vergessen hat. Der herzliche Willkommengruß, den wir ihnen entgegenrufen, möge in ihren Herzen Widerhall finden, so daß sie aus allem herausfühlen: „Wir sind daheim."

Bela Kuns Sturz.

Noch gestern lehnte Bela Kun es ab, zurückzutreten. Er erklärte, das Rätesystem in Budapest selbst um den Preis von Straßenkämpfen bis zum letzten Blutstropfen verteidigen zu wollen. Nun aber ist er doch gegangen. Wir erhalten darüber folgende Nachricht:

Wien, 2. August. Nach der Niederlage der Roten Armee gegenüber den Rumänen sah sich Bela Kun veranlaßt, für gestern vormittag eine Sitzung des regierenden Rates der Volksbeauftragten einzuberufen, in der er über die militärische Lage und politische Lage einen äußerst verzweifelten Bericht erstattete. Die Mitteilungen Bela Kuns hatten die Wirkung, daß unter dem Druck der Gewerkschaften der Rücktritt der Räteregierung beschlossen und ein rein sozialistisches Ministerium gebildet wurde. Das Präsidium des neuen Kabinetts hat der Präsident der Gewerkschaft der Setzer, Weidel, übernommen.

Die neue Regierung erklärt in einem Aufruf, daß sie als ihre erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Einleitung von Verhandlungen mit der Entente betrachte.

Zum Sturz der Räteregierung heißt es im Berl. Tagebl.: Die Räteregierung hat in den fünf Monaten, während denen sie das Land durch den rücksichtslosesten Terror unterworfen hielt, nach innen und außen vollkommen abgewirtschaftet. Laut Vorwärts besteht die neue Regierung aus sozialistischen Gewerkschaftlern. Der Vorwärts meint: Sowjetrußland ist nun vollkommen politisch isoliert. Auch die Gerüchte von einer kommenden Räteregierung in Bulgarien werden die bolschewistischen Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Weltrevolution nicht besonders beleben können.

Rückblick und Ausblick.

Nach den schweren Sitzungen der letzten Tage ist der Nationalversammlung und den Parlamentsjournalisten die kurze Ferienpause zu gönnen, bevor das Haus am Donnerstag folgender Woche an die Beratung der großen Besitzsteuern herangeht. — Das Ergebnis der Arbeit der letzten Tage war das Vertrauensvotum für die Regierung und der Abschluß des Verfassungswerkes. Auf beides kann man nur mit einem lachenden und einem weinenden Auge zurückblicken. Sah es doch am Donnerstag abend beinahe so aus, als ob der Regierungsblock vor der Sprengung stand und als ob sich im letzten Augenblicke eine Mehrheit für die Ablehnung der Verfassung finden würde! Aber unsere Fraktion überwand glücklicherweise die an und für sich berechtigte Mißstimmung über die Ablehnung einiger Anträge und tut der Rechten nicht den Gefallen, die Verfassung im ganzen abzulehnen. Die Magna charta der deutschen Republik weist gewiß einige häßliche Schönheitsfehler auf — wie konnte das auch anders sein, nachdem es durch die Schuld der Parteivalter nicht gelungen war, eine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu erringen. Aber: im großen und ganzen kann doch das deutsche Volk mit Zukunftshoffnung auf seine neue Verfassung blicken.

Die große politische Aussprache hatte das Verdienst, jedem, der Ohren hat, zu hören, das große Schuldkonto der Alldeutschen und Militaristen aufzudecken. Nur spielte Erzberger in ihr eine zu geschäftshuberische Rolle. Er stand allzu sehr im Vordergrunde, umkleidet mit der Toga des Vaterlandsretters! Unsre Fraktion hat das Vertrauensvotum für die Regierung unterschrieben. Wir glauben aber, zu wissen, daß sie durchaus nicht den zur Zeit allgewaltigen Mathias mit einem Lorbeerkranz zu schmücken gedenkt. Dazu ist die Tätigkeit des in allen Wassern gewaschenen, mit allen Hunden gehetzten Zentrumsmannes während der Kriegsjahre noch viel zu undurchsichtig. Wir denken hier in erster Linie an seine Auslandstätigkeit. Zur Stunde haben wir uns aber mit wichtigeren Dingen zu beschäftigen als mit Herrn Erzberger. Auch macht ihn uns die alldeutsche Hetze und der Kampf der steuerscheuen Großbourgeoisie gegen ihn geradezu sympathisch. Er steht an der Spitze des schwierigsten Ministeriums. So möge er denn erst bei den kommenden Steuerkämpfen seine Feuerprobe ablegen. Springt er sich in ihnen unser Vertrauen, dann sollen auch alle Vorbehalte fallen, die wir heute noch zum Vertrauensvotum des 20. Juli machen.

Die Freitagssitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich zunächst mit kleinen Anfragen. Sie galten unter anderem der Notlage der Veteranen von 1870 und dem immer noch ausstehenden Abtransporte der deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat. Danach wurde nach Zurückstellung der Kohleninterpellation der Rechten die Interpellation eben dieser Parteien über die Beamtenfragen beraten. In seiner Begründung wiederholte der Deutsche Volksparteiler Dr. Most die schon etwas abgeklapperte Behauptung, die Beamtenstellen würden nach parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt. Minister David erkannte die Notwendigkeit einer Neuordnung des Besoldungs- und Pensionsgesetzes durchaus an, wies aber mit Recht darauf hin, daß die traurige Finanzlage den besten Absichten schwere Fesseln anlege. Genosse Koenen trat für die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Beamten ein und forderte ein Gesetz über Beamtenräte.

Die weitere Aussprache war unergiebig. Schon um 2 Uhr vertagte sich das Haus bis zum 7. August.

Kaiser Karl und die Entente.

Versailles, 31. Juli. Excelsior veröffentlicht Auszüge aus einem Artikel, der nächsten Monat in der Grande Revue erscheinen wird, und in dem sich der Generalsekretär der Depeschenagentur Agence, Fournier Marcel Laurent, über die verschiedenen Friedensangebote der Zentralmächte im Jahre 1917 ausspricht. Briand hätte die Ueberzeugung gehabt, daß es politisch nicht klug wäre, Deutschland und seine Verbündeten nicht mit gleichem Gefühl zu behandeln. Kaiser Karl, der für den Krieg nicht verantwortlich sei, habe schon zu Beginn des Krieges 1917 sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, unter Opfern und ohne Wilhelm II. davon Kenntnis zu geben, Frieden zu schließen. Briand habe diese Eröffnungen nicht zurückgewiesen, sondern sich über deren Wert erkundigt, indem er gleichzeitig erklärte, Frankreich verlange die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. Kaiser Karl habe nicht protestiert, habe sogar in Erwägung gezogen, ob im Falle eines Friedensschlusses die Entente ihn gegen Deutschland unterstützen würde. Nachdem Ribot ans Ruder gelangt sei, habe ihm der Präsident der Republik über die verschiedenen bereits unternommenen Schritte unterrichtet. Der Vermittler war Prinz Sixtus von Bourbon, der Bruder der österreichischen Kaiserin, der als Offizier in der belgischen Armee diente. Die Vorschläge seien nur mündlich erfolgt. Kaiser Karl habe aber bidrect sagen lassen, er sei bereit, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, um über einen Separatfrieden unterhandeln zu können. Prinz Sixtus habe um eine neue Unterredung bei Poincaré nachgesucht. Der Besuch habe am 31. März stattgefunden und der Prinz sei von Poincaré in Gegenwart von Jules Cambon empfangen worden. Er habe eine Botschaft überbracht, die sein Schwager an ihn gerichtet hatte, und in der er erklärt habe, er werde die gerechtfertigten französischen Ansprüche auf Elsaß Lothringen unterstützen und dafür eintreten, daß Belgien entschädigt und wieder hergestellt werde. Er habe auch versprochen, Serbien wieder herzustellen, und zwar in seiner vollständigen Souveränität. Von Italien aber sei nicht die Rede gewesen. Darauf aufmerksam gemacht, habe der Prinz erklärt: „Wenn wir erst einmal mit Frankreich und England verhandeln, wird sich die italienische Frage ganz von selbst lösen. Wir werden uns schon mit Rom einigen!"

Hierauf sei Lloyd George von der Unterhaltung unterrichtet worden, und am 19. April hätten sich in einem Salonwagen zu Saint-Jean de Maurienne Lloyd George, Ribot und Sonnino getroffen. Nachdem man zuerst über Kleinasien gesprochen habe, habe man dann über die Schritte Oesterreichs berichtet. Sowohl Lloyd George wie Ribot, die nicht autorisiert gewesen wären, Sonnino von dem Privatbrief Kaiser Karls an seinen Schwager Kenntnis zu geben, seien sehr diskret gewesen. Im Laufe der Unterhaltung aber sei man übereingekommen, sich in diesem Augenblick auf keine Unterhandlung einzulassen, weil sie geeignet gewesen wäre, das gute Einvernehmen der Alliierten, das immer stärker zu werden begann, zu stören. Trotzdem sei Prinz Sixtus im Monat Mai wieder erschienen, und zwar mit einem zweiten Brief Kaiser Karls. In diesem Brief habe er nun auch Italien genannt und behauptet, die Lage habe sich gebessert, da inzwischen Italien ihm Vorfriedensvorschläge unterbreitet habe. Sonnino habe abgeleugnet, daß das der Fall sei. Ribot und Lloyd George aber hätten in diesem Augenblick die Verantwortung, des österreichischen Kaisers Vorschläge ganz ablehnen, nicht übernehmen wollen, weil ihnen jedes Mittel recht gewesen wäre, den Krieg ehrenhaft zu beenden. Man habe deshalb König Viktor Emanuel ersucht, der französischen Front einen Besuch abzustatten, jedoch sei dieser Besuch nicht zustande gekommen, und die Verhandlungen hätten sich wieder zerschlagen. Lloyd George sei aber überzeugt gewesen, daß Kaiser Karl wiederkommen werde, wenn seine Vorschläge aufrichtig seien.

Der Artikel spricht alsdann von der bekannten Zusammenkunft des österreichischen Grafen Mensdorff, der eine Unterredung mit einem Offizier des zweiten Bureaus des Kriegsministeriums, seinem entfernten Verwandten Grafen Armand, der inzwischen verstorben ist, in der Schweiz verlangte. Dieser Offizier

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190802/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG